

Charter 2020



Charta 2020

Eine Charta der europäischen öffentlichen Güter

Wir, die Bürger Europas, glauben, dass unsere europäische Einheit und unsere Staatsbürgerschaft miteinander verflochten sind und nicht nur auf den individuellen Grundrechten und Verträgen zwischen demokratischen Staaten beruhen, sondern auf einigen grundlegenden und konkreteren öffentlichen Gütern, die definiert, erklärt und geschützt werden müssen. Dies war seit ihrer Gründung der eigentliche Zweck der Europäischen Union: die Schaffung und Erhaltung einiger lebenswichtiger öffentlicher Güter im Laufe der Zeit und deren weltweite Förderung.

Per Definition ist ein öffentliches Gut ein Gut, das sich sowohl der Rivalität als auch der Ausgrenzung entzieht; ein Gut, das jedem zugänglich gemacht wird, damit sein Genuss nicht auf dem Wettbewerb beruht und nicht mit Ausgrenzung verbunden ist. Öffentliche Güter basieren auf den Prinzipien der Nichtausgrenzung und der Nichtrivalität. Das bedeutet, dass auch diejenigen Teile einer Gesellschaft, die sich nicht direkt an der Definition und Aktualisierung dieser öffentlichen Güter beteiligt haben, von ihnen profitieren können.

Die Charta 2020 definiert einige der wichtigsten europäischen öffentlichen Güter. Wir glauben, dass sie im Mittelpunkt des Ziels Europas und seiner Verpflichtungen gegenüber seinen Bürgern stehen. Wir sind der Meinung, dass sie auf allen Ebenen der Gesellschaft in Europa Gegenstand der Debatte werden sollten. Diese Charta bietet einen neuen Diskussionsrahmen für die Ausarbeitung und den Vorschlag einer neuen Agenda für die EU im nächsten Jahrzehnt. Sie befürwortet ein erneuertes Engagement der EU, indem sie es ihren Bürgern ermöglicht, gemeinsam die öffentlichen Güter zu schaffen und zu erhalten, die ihr Engagement für das europäische Projekt untermauern.

Als eine Essenz der Selbstverwaltung könnten öffentliche Güter im Laufe der Zeit zu Objekten unseres politischen Begehrens werden. Heute wird dieser Anspruch durch technokratische Regierungsführung von oben und durch Ethno-Nationalismus von unten erstickt. Gegenüber beiden Agenden glauben wir, dass die Diskussion über die europäischen öffentlichen Güter zur Arena der Politik gehört. Sie gehört zum politischen Raum der EU und zu uns Bürgern als ihren Hauptakteuren.

Abschnitt 1: Europäischer politischer Raum

1. Politisches Europa

Europa ist ein politischer Raum. Die Bereitstellung öffentlicher Güter ist davon abhängig. Die institutionelle Anerkennung des integrierten Charakters der europäischen Politik ist die notwendige Voraussetzung für eine stabile Bereitstellung öffentlicher Güter zum Nutzen aller europäischen Bürger. Die Institution des europäischen politischen Raums hängt von einer Generation von Staatsbürgerschaft jenseits von Normen und Verträgen und von unserer Neukonzeption der Grenzen ab. Während der Aufbau echter transnationaler und demokratischer Institutionen Zeit und Mühe in Anspruch nehmen wird, ist die Stärkung neuer Praktiken eine Aufgabe, die unmittelbar zu bewältigen ist. Darüber hinaus wird die Nachhaltigkeit unseres gemeinsamen Bürger- und Wirtschaftsraums nur dann gewährleistet sein, wenn wir uns als Protagonisten eines ideenreichen und dissidenten politischen

Diskussionsfeldes verstehen, das die Mitgliedsstaaten horizontal und vertikal vereint: über ihre porösen Grenzen und von der lokalen Ebene bis nach Brüssel. Die europäischen Bürgerinnen und Bürger verdienen eine wirklich transnationale Repräsentation, mit der sie für wesentliche öffentliche Güter eintreten und sich dafür einsetzen können. Die europäischen Bürger hätten eine stärkere direkte Beteiligung am europäischen politischen Prozess haben müssen.

2. Europäische Bürgerschaft

Die europäische Bürgerschaft schafft eine Verbindung zwischen der Europäischen Union und ihren Bürgern, die durch Rechte und Pflichten, Beteiligung und Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen politischen Raum definiert wird. Diese Rechte - wirtschaftliche, soziale und politische - betreffen nicht nur diejenigen, die ihre Freizügigkeit in einem anderen Mitgliedstaat ausüben, sondern alle EU-Bürger als solche. Noch heute ist die Anerkennung dieser Rechte fragmentiert, unvollständig und fragil. Um eine solide Grundlage für eine nachhaltige Integration Europas zu schaffen, müssen die EU-Rechte verteidigt, vereinheitlicht und dauerhaft verankert werden, indem die Anwendung der Charta der Grundrechte der EU uneingeschränkt fortgesetzt wird und allen Bürgern und Bewohnern ein gleichberechtigter und direkterer Zugang zur Justiz ermöglicht wird. Sich ständig im europäischen Hoheitsgebiet rechtmäßig aufhaltende Personen müssen auf allen Ebenen so viel Mitspracherecht wie möglich für die Regierung der gemeinsamen Interessen und den Schutz ihrer Rechte erhalten.

3. Europäische Demokratie

Die demokratische Legitimität der EU ergibt sich nicht nur aus der repräsentativen Demokratie, sondern wird auch durch eine partizipative und deliberative Demokratie gesichert. Die Bürger sind daher aufgefordert, nicht nur durch den Wahlprozess zur Regierung der EU beizutragen, sondern auch durch ihre tägliche Teilnahme an EU-Prozessen, wie sie in öffentlichen Konsultationen, EU-Bürgerinitiativen und -Kampagnen, Petitionen an das Europäische Parlament, Beschwerden an den EU-Bürgerbeauftragten und anderen Beteiligungsmöglichkeiten zum Ausdruck kommt. Der Zugang zu diesen Möglichkeiten muss gefördert werden, um den Zugang zum politischen Prozess der EU zu erleichtern. Darüber hinaus erfordert die Schaffung eines europäischen politischen Raums das Entstehen wirklich transnationaler Parteien und Bewegungen. Demokratische Politik geht über Institutionen hinaus und beinhaltet die gegenseitige horizontale Öffnung nationaler Öffentlichkeiten und Bottom-up-Praktiken von Verbänden, Gewerkschaften und Bürgern.

4. Frieden und Recht der Gastfreundschaft als gemeinsame Verantwortung

Europa basiert auf den Prinzipien des Friedens und der Versöhnung. Diese Idee entstand als Reaktion auf totalitäre und despotische Staaten und erreichte mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs eine Dynamik. Seitdem widmet sich der europäische politische Raum der Förderung von Solidarität und Verantwortung als ultimativem öffentlichem Gut. Um dauerhaft zu sein, muss der Frieden nicht nur innerhalb des Kontinents, sondern auch außerhalb des Kontinents angestrebt werden. Dazu bedarf es nicht nur staatlicher Engagements innerhalb Europas, sondern auch globaler Engagements außerhalb Europas über Grenzen hinweg. Die Entwicklung politischer Institutionen in einem Netzwerk des Völkerrechts war die wichtigste Voraussetzung für ein weiteres Engagement für eine zivile Kultur des guten Willens, der

Großzügigkeit und der Gastfreundschaft. Es muss ein Zusammenhang zwischen der internen und externen Dimension der EU-Maßnahmen bestehen. Defensive Allianzen können in einer Welt von Konflikten und potenziellen Bedrohungen nicht ausgeschlossen werden, aber sie müssen neu definiert werden, um expansionistische Politiken und die willkürliche Definition kollektiver Feinde auszuschließen. Damit wird sichergestellt, dass es bei dem europäischen Projekt nicht um die Projektion von EU-Werten geht, sondern um deren Universalisierung innerhalb und außerhalb der EU-Grenzen. Seit der Zeit von Ulysses' Reisen stehen Gastfreundschaft und Inklusivität im Mittelpunkt unserer gemeinsamen Kultur und können auf der Grundlage einer gemeinsamen Verantwortung über die EU-Grenzen hinaus ausgedehnt werden. In einer Welt, in der es eine wachsende Zahl von Staatenlosen gibt, erfordert das praktische Bekenntnis zu diesen Prinzipien die Schaffung eines Internationalen Humanitären Passes. Dieser kann in Zusammenarbeit mit dem Hochkommissariat für Flüchtlinge der Vereinten Nationen ausgestellt werden. Er kann sicherstellen, dass Menschen, die aus Gründen der Gesundheit, des Alters, der Bedürftigkeit und der Gefährdung bedroht sind, einen sicheren Hafen in der EU finden können

Abschnitt 2: Migration

5. Freizügigkeit

Freizügigkeit bedeutet das Recht, für alle Menschen auf europäischem Boden einen sicheren Ort zu wählen, an dem die Menschenrechte, einschließlich der sozialen und wirtschaftlichen Rechte, uneingeschränkt garantiert und geachtet werden. Diese Rechte sind universell und unveräußerlich. Sie müssen mit der Achtung vor Menschlichkeit, Würde und Solidarität verbunden werden.

6. Seenotrettung und europäische Solidarität

Angesichts der Zahl der Todesfälle von Migranten an den Grenzen Europas und im Mittelmeer müssen Such- und Rettungsaktionen oberste Priorität der europäischen Maßnahmen haben. Diese Maßnahmen müssen aus europäischen Haushalten finanziert werden und den Verpflichtungen aus den einschlägigen See- und Menschenrechtskonventionen in vollem Umfang entsprechen. Such- und Rettungseinsätze müssen schnell, effektiv und zügig erfolgen. Nach dem Grundsatz der europäischen Solidarität muss die Verantwortung für die Aufnahme der Geretteten und Angelandeten dann von allen europäischen Mitgliedsstaaten getragen werden. Die geretteten Personen müssen unterstützt werden und dürfen keiner Kriminalisierung oder anderen Misshandlung ausgesetzt sein.

7. Gemeinsames europäisches Asylsystem

Das Gemeinsame Europäische Asylsystem muss es Asylbewerbern und Geflüchteten ermöglichen, sich im europäischen Raum frei zu bewegen. Dieses System sollte sich an dem Grundsatz der Integration mit voller Anerkennung der wirtschaftlichen und sozialen Rechte orientieren. Der angenommene Rahmen sollte darauf abzielen, den Schutz aller Menschen im europäischen Raum zu erweitern und eine sichere Durchreise und Unterstützung im Zusammenhang mit den umwelt- und geopolitischen globalen Entwicklungen zu gewährleisten.

8. Nord-Süd-Kooperation im gesamten Mittelmeerraum

Das Sicherheitsparadigma sollte nicht die Grundlage für die externe Dimension der europäischen Migrations- und Asylpolitik sein. Die Rechtsgrundlage der Asyl- und Migrationspraktiken sollte in einem Dialog zwischen den Herkunfts-, Transit- und Zielländern begründet werden. Sie sollte auch die Verantwortlichkeiten und die Schlüsselrolle der Akteure der regionalen Integration und der supranationalen Akteure hervorheben. Auf diese Weise können die politischen Entscheidungsträger ihr Verständnis für den Migrationsprozess verbessern und so die politischen Rahmenbedingungen für die Zukunft praxisnah und ethisch einwandfrei anpassen, um nachhaltige Rechtswege für die Migration zu entwickeln, die die geopolitischen Realitäten des Tages umfassend berücksichtigen.

Abschnitt 3: Wirtschaft

9. Europäischer Arbeitnehmerpakt

Europa bleibt ein sehr ungleicher Wirtschaftsraum: Die Arbeitnehmer in einigen Regionen profitieren von angemessenen Löhnen, Bedingungen und Renten, während die Arbeitnehmer in anderen Regionen keinen Zugang zu den elementarsten existenzsichernden Löhnen haben. Das Kapital, das im gesamten Binnenmarkt tätig ist, kann diese Unterschiede nutzen, um einen Wettlauf nach unten zu führen, während die Mitgliedstaaten Investitionen verfolgen. Der European Workers Compact setzt eine neue EU-Norm für Löhne und Arbeitsbedingungen, die für alle Arbeitnehmer gilt, unabhängig von Alter, Geschlecht oder Einwanderungsstatus, und legt die Kriterien für ihre Harmonisierung in der gesamten Europäischen Union fest. Nur durch den gleichmäßigen Aufbau von Arbeitskräften in der gesamten EU können wir die Unionsbürgerschaft in der Wirtschaft sinnvoll gestalten.

10. Universelle Basisdienste

In großen Teilen der Europäischen Union herrscht nach wie vor eine Armutskrise: 118 Millionen Menschen haben keinen Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen wie Nahrung, Wasser, Gesundheitsversorgung und Unterkunft. Die EU kann sich zur Beseitigung der Armut verpflichten, indem sie diese Dienstleistungen universell garantiert. Diese Bemühungen würden einen Wohlfahrtsstaat auf europäischer Ebene bilden, der Standards für die Grundversorgung festlegt und den Mitgliedstaaten die notwendigen Ressourcen zur Erreichung dieser Ziele zur Verfügung stellt.

11. Grüne öffentliche Investitionen

Die Sparsamkeit hat in Europa Investitionen verhindert und die Krise der Arbeitslosigkeit fortgesetzt. Ein massives grünes Investitionsprogramm kann sowohl das Sparmaßnahmenregime beenden als auch einen EU-weiten grünen Übergang zu einer CO2-freien Wirtschaft ermöglichen und Millionen von grünen Arbeitsplätzen in Industrie, Landwirtschaft und Infrastruktur schaffen. Europa sollte die Gelegenheit nutzen, die Welt in eine ökologische Revolution zu führen.

12. Steuerjustizbehörde

In den letzten drei Jahrzehnten hat die Ungleichheit des Wohlstands in ganz Europa stark zugenommen. Diese Transformation erfolgt größtenteils nach dem Zufallsprinzip: Europa ist voller Steuerschlupflöcher und entsprechender Handlungsmöglichkeiten - ein Verstoß gegen den Grundsatz der Solidarität. Die EU sollte eine gemeinsame Steuerjustizbehörde einsetzen, die die Leitlinien für die Beseitigung von Steueroasen und die Aufklärung des europäischen Bankensektors, die Rückforderung der Steuermittel für die Mitgliedstaaten und die Wiederherstellung des Vertrauens in eine gemeinsame europäische Bürgerschaft festlegt.

Abschnitt 4: Kultur

13. Kultur und Daten

Die demokratische Tradition verlangt, dass kulturelle Produktion, Artefakte und intellektuelle Ressourcen für alle zugänglich sind und in ganz Europa weit verbreitet sind, um in ihrem Reichtum entdeckt und frei erkundet zu werden. Die kulturelle und Meinungsfreiheit, die Presse- und Vereinigungsfreiheit müssen gewährleistet sein. Europa sollte die Kultur vor den schlimmsten Auswirkungen des Marktes schützen und die unabhängige Kulturproduktion unterstützen. Das europäische Modell der neuen Technologien sollte die Bürger nicht nur in die Lage versetzen, die Nutzung ihrer persönlichen und nicht persönlichen Daten zu kontrollieren, sondern auch diese Daten und Systeme des geistigen Eigentums zu nutzen, um Innovationen anzuregen und nicht die etablierten Unternehmen zu schützen.

14. Bildung

Im Laufe der Jahrhunderte ist die Geschichte Europas mit seinen Bildungstraditionen verwoben: paideia, cultura animi, studia humaniora und Bildung waren der wertvolle Schatz, der unsere Vorstellungen vom Menschen geprägt hat. Europa ist eine Lerngemeinschaft, in der Bildung das wichtigste Instrument ist, um unsere gemeinsame Vergangenheit kritisch zu hinterfragen und unsere gemeinsame Zukunft aktiv zu leben. In diesem Zusammenhang setzen wir uns nachdrücklich für eine Bildung ein, die auf diesen wichtigen Säulen aufbaut: Beziehung durch Dialog, soziale und individuelle Emanzipation, Toleranz, kritisches Denken, Verschiedenheit als positives Ideal. Eine qualitativ hochwertige Ausbildung erfordert Investitionen, und die Gesellschaft als Ganzes profitiert vom universellen, freien Zugang zu öffentlicher und gleichberechtigter Bildung in einer langfristigen Lernperspektive.

15. Kulturelles Erbe

Der Kern des europäischen Erbes ist die Vielfalt. Sie umfasst viele Aspekte, darunter unsere verschiedenen Sprachen, Landschaften, Gemälde, Musik, Lebensweisen, Denk- und Spaßstile. Die Europäische Union sollte diesen Reichtum an unterschiedlichen Gewohnheiten und Idealen bewahren und verbessern: Er ist ein öffentliches Gut, in dem jeder sich selbst in einem offenen Prozess erkennen kann. Jede Kultur kann miteinander verbunden werden, ohne unterschiedliche Identitäten zu verlieren, um neue Formen des Zusammenlebens zu schaffen: Unterschiedliche Ansätze können zu einer Zukunft führen, die den Herausforderungen der Moderne gerecht wird. Europa kann die zerbrechliche, aber wirkungsvolle Möglichkeit

symbolisieren, sich um ein facettenreiches Ganzes zu kümmern, das verschiedene Kulturen umfasst.

16. Prozesse der Emanzipation und Autonomie in Europa

Die europäische Kultur ist im Laufe ihrer Geschichte durch eine kontinuierliche Neuzusammensetzung des politischen Raums gekennzeichnet, der von neuen Themen bestimmt wird, die berücksichtigt werden müssen: Die Kämpfe der Arbeiter, der Frauen, um die Anerkennung von Minderheiten, um Gleichberechtigung und um sexuelle und Geschlechterfreiheit (zum Beispiel) charakterisieren die europäische Kultur als einen Prozess der Emanzipation. Die sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen führen zu immer neuen Selbstbestimmungsbewegungen, die von kulturellen Elementen und Innovationen geprägt sind. Europa sollte ein emanzipatorisches Projekt sein und die kulturellen Projekte dieser neuen Subjektivitäten fördern.

Abschnitt 5: Umwelt

17. Gleiche Rechte und Würde für Menschen, Tiere und Pflanzen

Das Leben auf der Erde wird durch unser Produktionssystem bedroht, das auf grenzenlosem Wachstum auf einem endlichen Planeten basiert. Die Bekämpfung des Klimawandels erfordert: Umstellung auf erneuerbare Energien und Modelle mit hoher Energieeffizienz, Dekarbonisierung, Schutz der biologischen Vielfalt, Boden, Wasser, Gewährleistung einer sicheren Luftqualität und Förderung innovativer und bestehender Technologien, die sich auf die verantwortungsvolle Nutzung natürlicher Ressourcen konzentrieren. Durch die Einbeziehung von Arbeitnehmern, Minderheiten, Jugendlichen und Frauen in die Unterstützung einer ökologischen Revolution kann Europa grüne und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze und damit ein Produktionssystem schaffen, das den Wohlstand der Menschen und der nichtmenschlichen Natur gewährleistet.

18. Produktion von Lebensmitteln und Gesundheit

Wir brauchen neue Regeln, um die Subventionen auf den ökologischen Landbau umzulenken. Eine radikale Änderung der Regeln und finanziellen Prioritäten ist der einzige Weg, um die Emissionen und den Einsatz von Pestiziden zu reduzieren. Die industrialisierte Lebensmittelproduktion, die Landwirtschaft sowie Ackerbau und Viehzucht sind für 20% der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich. Neue EU-Rechtsvorschriften sind daher erforderlich, um die Übernutzung des Bodens, die Zersiedelung, den Landraub und die Überfischung zu stoppen, das Meer von Plastik zu befreien und die regenerative Kraft der Landschaften zu erhalten.

19. Kritischer und verantwortungsbewusster Konsum

Die Veränderung unseres Lebensstils zur Entwicklung menschlicher Fähigkeiten und sozialer Beziehungen muss Vorrang vor materiellem Wohlstand haben. Wir brauchen eine Kreislaufwirtschaft (Null Abfall) und eine Verbesserung der lokalen Produktion und des Verbrauchs (Null Kilometer). Dazu gehören auch der faire Handel mit Ländern außerhalb der EU und die Beseitigung der Ungleichheiten zwischen Stadt und Land. Um eine langfristige

Dekarbonisierung zu erreichen, muss außerdem das Pariser Abkommen umgesetzt und verbessert werden.

20. Ungleichheiten bekämpfen, gleichen Zugang zu Ressourcen sicherstellen

Die Bekämpfung von Ungleichheiten und die Gewährleistung eines gleichberechtigten Zugangs zu Ressourcen bedeutet die Rückzahlung der ökologischen Schulden des Globalen Nordens gegenüber dem Globalen Süden, was auch eine der Ursachen für Zwangsmigration ist. Die CO₂-Preise müssen auf der Umverteilung des Reichtums beruhen, die sicherstellt, dass die Länder des globalen Südens bei der Reduzierung ihrer Emissionen und der Entwicklung ihrer Wirtschaft unterstützt werden. Nutzen und Kosten des Übergangs zu einer ökologischen Wirtschaft müssen gerecht verteilt werden. Die Kosten sollten schrittweise erhoben werden, ohne zu einer weiteren Ungleichheit oder Prekarisierung innerhalb oder zwischen den EU-Mitgliedstaaten beizutragen. Ein grundlegender Wandel hin zu einer effizienteren Nutzung, Wiederverwendung und Wiederverwertung unserer Produktions- und Verbrauchsmuster ist notwendig.

Projektkoordinatoren

Caterina Di Fazio, Rui Tavares

Abschnitte und Abschnittskordinatoren

1. Europäischer politischer Raum Étienne Balibar, Caterina Di Fazio, Nadia Urbinati

2. Migration Souleymane Bachir Diagne, Daniel Innerarity, Satvinder Juss

3. Wirtschaft David Adler, Lorenzo Marsili, Claus Offe

4. Kultur Alberto Alemanno, Niccolo Milanese, Kalypso Nicolaïdis

5. Umwelt Elena Pulcini, Nora Räthzel, Miguel Vatter

Mitwirkende

Intro. Alberto Alemanno, Caterina Di Fazio, Kalypso Nicolaïdis, Rui Tavares, Nadia Urbinati, Frédéric Worms

1. Etienne Balibar, Caterina Di Fazio, Michele Fiorillo, Lorenzo Marsili, Petar Markovic, Gian Giacomo Migone, Kalypso Nicolaïdis, Teresa Pullano, Andrea Sangiovanni, Philippe Schmitter, Rui Tavares, Nadia Urbinati

2. Cristina Blanco Sío-López, Mattia Ciampicacigli, Andrea Costa, Caterina Di Fazio, Souleymane Bachir Diagne, Daniel Innerarity, Satvinder Juss, Cécile Kyenge, Virginie Lefèvre, Marco Maddalena, Titus Molkenbur, Sara Prestianni

3. David Adler, Emanuele Felice, Lorenzo Marsili, Gian Giacomo Migone, Claus Offe, Peppe Provenzano, Philippe Schmitter, Nadia Urbinati

4. Alberto Alemanno, Carlo Cappa, Paola Giacomoni, Alexandra Jouclard, Niccolo Milanese, Kalypso Nicolaïdis, Pasquale Terracciano, Carlo Varotti, Giulia Valpione

5. Suzana Carp, Monica Frassoni, Darian Meacham, Elena Pulcini, Nora Räthzel, Valentina Sardella, Miguel Vatter

